

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Deutschland 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postgebühren nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Preussische und Österreichische 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Porto-Aufschlag, der Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-8.

Die achtspaltige Annoncenzeile über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Anzeigenaufschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigenaufschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Bezugspreise: Zentrum 2030, 2645, 4518 4603, 4635, 4648, 4921.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Kontrolle im Kieler Kanal

Eine Protestnote an Deutschland

Paris, 10. September.

Die Botschafterkonferenz, die heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammentrat, hat beschlossen, an Deutschland eine Note zu richten, um gegen das Anhalten von Schiffen im Kieler Kanal, die nach Danzig bestimmt sind, zu protestieren. Weiter prüfte die Botschafterkonferenz eine von Deutschland überreichte Note, in der Deutschland gegen den von den Alliierten bezüglich der Volksabstimmung in Marienburg den gefassten Beschlüssen protestiert. Schließlich wurden die zu ergreifenden Maßnahmen zur Anwendung des Artikels 260c des Versailler Vertrages über den Export von Frachtladungen aus Luxemburg nach Deutschland besprochen.

Ablehnung eines deutschen Vorschlags Keine neutrale Kommission für Oberschlesien

Auf die Note der deutschen Regierung vom 4. September, in der unter Hinweis auf die von polnischer Seite begangenen Gewalttaten die Einsetzung einer neutralen Untersuchungskommission vorgeschlagen wurde, ist dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Paris nachstehende Antwort der Botschafterkonferenz zugegangen:
Sie haben der Konferenz am 6. 9. und am 8. 9. eine Note der deutschen Regierung überreicht, in der die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Oberschlesien vorgeschlagen wird. Die Kommission soll sich aus Angehörigen von Mächten zusammensetzen, die nicht Signatarmächte des Vertrages von Versailles sind. Ich beehre mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die alliierten Mächte einstimmig der Ansicht sind, daß die Bildung einer derartigen Kommission sich nicht rechtfertigen läßt, und daß der Vorschlag Ihrer Regierung infolgedessen nicht angenommen werden kann.

Der Krieg im Osten Polnischer Frontbericht

21. Warschau, 11. September.

Ämtlicher Heeresbericht vom 10. September. Im Gebiete von Suwalki eroberten unsere Abteilungen Kraskopol und Szyn. Weiter im Süden von Brsch-Pilowki gegenseitige Erkundungs- und Patrouillenläufigkeit. Längs des Bug lebhafteste Erkundungsgefechte. Die Gruppe des Generals Salachewicz machte in einem Anfall bei Smolary 300 Gefangene. Zwischen Kamionka, Strumilowa und Wust gelang es dem Feinde nach heftigen Kämpfen den Bug zu forcieren und Wust vom Westen anzugreifen, indem er gleichzeitig gegen den Brückenkopf von Osten vorging. Dank der heldenmütigen Verteidigung des 19. Infanterie-Regiments, das den Angriffen bis zur Ankunft von Hilfstruppen handhelt, wurde der Feind zum eiligen Rückzug gezwungen. Im Osten von Kschilin nahmen unsere Abteilungen nach hartnäckigem Kampfe Kobatyn und erreichten wieder die vor einigen Tagen verlassene Gafka Ska. Längs des Dniestr ist Ruhe.

Die polnische Delegation

21. Warschau, 11. September.

Die Meldungen über die bereits erfolgte Abreise der polnischen Delegation nach Riga sind verfrüht. Wie Biemczopolita erklärt wird der Tag der Abreise der polnischen Delegation und das Datum der Wiedereröffnung der Friedensverhandlungen erst nach der Bestätigung der Friedensbedingungen durch den Landesverteidigungsrat festgesetzt.

Die Auffassung in Warschau

21. Warschau, 11. September.

In Warschau trifft man zwar immer noch auf ein positives Ergebnis der Rigaer Verhandlungen, rechnet aber in den weiteren politischen Kombinationen nicht mehr mit ihm als einem ausschlaggebenden Faktor. Daß die bolschewistische Armee vor dem nächsten Frühjahr nicht mehr zu großen Aktionen fähig ist, gilt in militärischen Kreisen, auch in denen der Entente, als sicher. Dann allerdings glaubt man, sofern nicht Riga zur endgültigen Beilegung der Feindseligkeiten führt, mit einem neuen Schlage der Bolschewisten rechnen zu müssen. Darum bildet neben den Vorbereitungen für Riga zu Friedensverhandlungen, deren Aufmerksamkeit heute außer Zweifel steht, die militärische Sicherung einen wesentlichen Punkt der Programme der polnischen Regierung. Scheitern die Verhandlungen, so muß mit einer Wiederaufnahme der polnischen Offensive unweifelhaft gerechnet werden, schon um die von der obersten Heeresleitung als strategisch anerkannte Linie Karaw-Szejara-Stolch zu erreichen. Jedenfalls gilt heute in Warschau mehr denn je das: si vis pacem para bellum.

Die Ukraine und Wrangel

Paris, 10. September.

Dasas meldet über den Aufstand in der Ukraine, daß die Aufständischen Petrowitsch und Mikolajew genannt haben. Die Verbindungen der Bolschewisten mit Odessa sollen abgebrochen sein. Petljura habe eingewilligt, unter den folgenden drei Be-

dingungen mit General Wrangel zusammen gegen die Bolschewisten vorzugehen:
1. Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine. 2. Bildung einer einheitlichen ukrainischen Armee, welche alle ukrainischen Kontingente in der Wrangelschen Armee vereint, unter ukrainischem Kommando steht und nur in der Ukraine operiert. 3. Wiederherstellung der ukrainischen Verwaltung in allen von den Bolschewisten zurück-eroberten Gebieten.

London, 11. September.

Die Times melden aus Konstantinopel, daß laut Berichten aus Sebastopol die Truppen des Generals Wrangel, die aus Kuban zurückgezogen waren, in Stärke von 200 000 Mann nach der Rüste zurückgekehrt sind. Die roten Truppen, die den Dniestr überschritten hatten, seien vollkommen geschlagen worden und hätten nur noch den Brückenkopf von Kauschany, den die Truppen Wrangels umzingelt haben, im Besitz.

Die russische Mission in London

London, 11. September.

„Daily Telegraph“ berichtet, daß Lloyd George am Freitag die russischen Handelsdelegierten Ramenew und Krassin empfangen habe. Es wird vermutet, daß die Besprechungen sich um die Frage der bolschewistischen Propaganda und der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen drehte und nicht um das russisch-polnische Problem. Ramenew reist am Sonnabend mit genau formulierten Wünschen der englischen Regierung nach Moskau. Krassin und seine Mitarbeiter bleiben vorläufig noch in London.

Die englische Bergarbeiterbewegung Gescheiterte Verhandlungen

Bei der mihäglücken Konferenz zwischen den Bergarbeitern und der Regierung hat Handelsminister Horne, wie verlautet, wiederholt, daß die Frage einer Herabsetzung des Preises für Hausbrandkohle eine rein politische Frage sei und von der Volksvertretung geregelt werden müsse. Die Lohnforderungen müßten einem schiedsrichtertlichen Spruch unterworfen werden.

Der Minister Horne wird sich gleich anderen Deuten an den Gedanken gewöhnen müssen, daß die Gewerkschaften als politische Machtfaktoren in Erscheinung treten und für sich einen selbständigen Einfluß auf „rein politische Fragen“ fordern werden — mit der Volkvertretung, wenn sie vernünftig genug ist, um diesen Einfluß anzuerkennen, aber auch gegen sie, wenn es ihr an dieser Einsicht fehlt.

Verhärfung der Lage

Amsterdam, 11. September.

Wie der Telegraaf aus London meldet, ist in der Bergarbeiterfrage eine Aenderung nicht eingetreten. In Regierungskreisen weist man darauf hin, daß neue Vorschläge von seiten der Bergarbeiter kommen müßten. In Verantwortung einer Anfrage sagte der Präsident des Gewerkschaftskongresses, die Erklärung der Regierung habe an der Lage nichts geändert und nicht die mindeste Hoffnung auf irgendeine Regelung gegeben, damit die Bergarbeiter die Antwort der Regierung in Erwägung zögen, hätte etwas ganz anderes in dieser Erklärung stehen müssen, als darin steht. Einer Meldung des Nieuwe Rotterdamse Courant zufolge hat Lloyd George nicht die Absicht, in diesem Stadium der Kohlenkrise einzugreifen, da er sich keine Vorteile davon verspricht. Die Bergarbeiter erwarten nach der Besprechung mit dem Präsidenten des Handelsamtes Horne ein Zugeständnis von seiten der Regierung, sie seien jedoch sehr darin enttäuscht worden, die Regierung bereite alle Wahregeln vor, um den Folgen eines Ausstandes die Stirne zu bieten.

Das belgisch-französische Militärabkommen Es bleibt geheim

Brüssel, 11. September.

Der Premierminister Delacroix und der belgische Kriegsminister Jansen haben gestern die Grundlagen des Abkommens zwischen Belgien und Frankreich unterzeichnet. Es werden bekanntgegeben, sobald sie im Besitz der französischen Regierung sind. Der Wortlaut des Militärabkommens wird nicht veröffentlicht, auch nicht dem Sekretariat des Völkerbundes übergeben werden.

Die Einigung des Proletariats Zusammengehen der nationalen Parteien in Böhmen

Prag, 11. September.

Die Vertreter der tschechoslowakischen und der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie kamen gestern in einer Sitzung zu dem Beschluß, daß die Vereinigung des böhmischen Proletariats ein unbedingtes Erfordernis sei. Die Konferenz beantragte, daß die beiden Parteiververtretungen die Grundlagen des Zusammenschlusses ausarbeiten sollen.

Nein!

Von Emil Lampe.

Die Diskussion über den Anschluß unserer Partei an Moskau ist im Fluß. Die gegensätzlichen Auffassungen über diese Aktion gewinnen mehr und mehr feste Form und wir sehen — müssen sehen, wobei ich betonen möchte, daß dieses Klärungs- und Reinigungsprojekt nur zu begründen und notwendig ist — daß sich zwei feste Lager bilden, die um die Seele des Proletariats ringen. Die mit allen Mitteln, des Intellekts versuchen, ihre grundsätzliche Auffassung bei den breiten Massen der Parteigenossen zum Durchbruch, zum Siege zu verhelfen.

Da der Anschluß an die dritte Internationale vor allen Dingen aber eine Sache der Masse der Parteigenossen ist, ist es notwendig, daß sich jetzt gerade Genossen aus der Kleinarbeit zum Worte melden und ihre Auffassung von den Dingen ungeschminkt zum Ausdruck bringen. Und dabei stimme ich den Worten des Genossen Schwenk vollkommen bei: „Das Wohl des Proletariats über alles“, denn nur das Wohl und der Sieg des Proletariats muß die Richtschnur für unser Handeln sein.

Ich sagte schon, daß sich zwei feste Lager bilden und das ist gut. Denn es kann sich bei dieser Frage nicht um ein Schwanken, um ein Herumdoctoren handeln, nein, ein Klipp und klares Ja oder Nein müssen wir aussprechen, damit wir endlich aus dem Zustand der Zweifelpflichtigkeit, der „Auf-fassung, wie ich es meine“ herauskommen und einen klar vor-gezeichneten Weg vor uns sehen und ihn dann auch beschreiten. Und da spreche ich es ganz offen aus. Für mich und große Kreise unserer Partei muß es hier heißen: „Nein und ahermals Nein!“ Eine andere Stellungnahme ist grade, um den Sieg des Proletariats voranzutreiben, ihn durchzuführen, und dann, das Schwere, ihn zu erhalten, ausgeschlossen und unmöglich. Ich will diese, meine Stellungnahme auch kurz begründen.

Auf all die Dinge, die schon von anderer Seite ausgeführt wurden, nochmals einzugehen, erübrigt sich wohl. Ich will die Frage des politischen Terrors, des Opportunismus in der Agrarfrage, die Verneinung der Gewerkschaften trotz unserer revolutionären Durchdringung, und die geradezu fahrlässige Unterlassung der notwendigen Einschränkung der Struktur des deutschen Wirtschaftslebens, von all den anderen für uns so wichtigen Lebensfragen ganz zu schweigen, gar nicht eingehender besprechen; nur das eine möchte ich mir doch erlauben zu bemerken, daß die Bedingungen und die Leistung der dritten Internationale doch die leider noch sehr lebendigen Kräfte der kapitalistischen Gesellschaft etwas zu unter-schätzen scheinen.

Von den politischen Geschehnissen Rußlands aus, wo unsere kommunistischen Freunde ein korruptes Bürger- und Beamtentum, eine von Westeuropa aufgepfropfte Großindustrie und ein brutales Großagrarierium zerschlagen und an ihrer Stelle im Interesse der Weltrevolution die Diktatur einer Partei gesetzt, glaubt man nun mit denselben Mitteln das Proletariat Westeuropas erlösen zu können. Man übersteht hierbei aber, daß neben den schon oben erwähnten Bedingungen, den ganz anders gearteten ökonomischen und politischen Voraussetzungen auch die geistige Einstellung des westeuropäischen Proletariats und besonders die der deutschen Arbeiterklasse diesem Umstellungsprozeß im Wege steht.

Ein großer Teil der hochqualifizierten deutschen Arbeiter und Angestellten, die bisher unserem revolutionären Klassenkampf fern gestanden haben, ist jetzt auf dem besten Wege, sich revolutionäres Denken und Empfinden anzueignen. Der wirtschaftliche Druck, der sich täglich zuspitzende Kampf ums Dasein, die Wucht der auf allen Kreisen der arbeitenden Klasse lastenden Wirtschaftskrise, die immer mehr in die Erscheinung tretende Ersparung der konterrevolutionären Elemente und der des reaktionären Bürgertums, das alles sind Dinge, die die Revolutionierung dieser für die Zukunft des deutschen Proletariats so notwendigen Kräfte beschleunigen und austreiben lassen. Ein gewalttames Umstellen dieses Gärungs- und Zerlegungsprozesses liegt aber weder im Interesse des Deutschen noch im Interesse des Weltproletariats. Wenn nun von unseren andersdenkenden Genossen ein-gewendet wird, daß gerade diese noch schwankenden Massen nur durch eine Diktatur einer Partei „über das Proletariat“ zum Sozialismus erzogen werden können, so lehne ich diese Forderung für meine Person ab. Und zwar weil die geistige Einstellung dieser Massen für eine Diktatur einer Partei über das Proletariat nicht gegeben ist.

Der deutsche Arbeiter und Angestellte ist kein russischer Bauer und Industriearbeiter, er ist ein kritisch veranlagter Mensch, der sich selbst nicht vorübergehend von einer Minder-heit beherrschen läßt. Es müßte denn sein, daß es dieser Diktatur gelänge, in Kürze die Massenfrage zu lösen. Man soll doch nicht vergessen, daß auch wir sechs Jahre Krieg mit all seinen Folgeerscheinungen und Entbehrungen hinter uns haben, und daß es deshalb keiner Klasse und erst recht keiner Partei, auch nicht mit allen Mitteln des Terrors möglich ist, die Wünsche und Hoffnungen der breiten Masse in Kürze zu erfüllen. Seien wir doch offen und ehrlich: die Lösung der Massenfrage ist für die übergroße Mehrheit der arbeitenden Klasse die Lösung der sozialen Frage überhaupt. Und nur durch rastloses Vorwärtstreiben, durch das Werben für unser

revolutionäres Ziel in den Massen wird es uns möglich sein, der Errichtung der Diktatur des Proletariats über die kapitalistische Gesellschaft näher zu kommen und sie zu verwirklichen.

Andererseits wollen wir doch nicht verkennen, daß gerade das ein Zeichen für die Stärke der deutschen Arbeiterklasse ist, daß sie sich den Luxus von drei oder vier getrennt marschierenden Heerhaufen leisten kann. Die Ansicht von der Notwendigkeit einer einzigen großen revolutionären Arbeiterpartei hat etwas Bestehendes für sich, in der jetzigen Zeit der gesellschaftlichen Umwälzung ist dieser Wunsch aber noch unerfüllbar. Auch hier kann es nur heißen durch Ringen und Überwinden zur revolutionären und sozialistischen Klärung und damit zur Einheit der Arbeiterklasse zu kommen.

Ebenso möchte ich hervorheben, daß die geistige Einstellung des deutschen Arbeiters alles andre, nur nicht das Einpressen und Schablonisieren auf die Grundzüge und Richtlinien der in Moskau aufgestellten Aufnahmebedingungen zuläßt. Man löst nicht 50 Jahre historischer Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse mit einem Diktat aus. Von uns aber wird die Rückkehr zu organisatorischen Verhältnissen verlangt, die wir schon in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts überwunden haben. In der deutschen revolutionären Sozialdemokratie herrscht reges geistiges Leben, ein immerwährendes Ringen, Überwinden und Neuerstehen, deshalb ist für uns auch das Leipziger Aktionsprogramm nicht der Weisheit letzter Schluss; aber gerade deshalb wird auch der kühl denkende Teil unserer Genossen sich nicht in kommunisistische Fesseln schlagen lassen, die dieses reiche geistige Ringen und Erkennen unterbinden und unmöglich machen muß.

Unter schweren Kämpfen lösten wir uns von der alten Partei ab. Unter noch schwereren Kämpfen, unter den Geburtsschmerzen einer neuen Gesellschaftsordnung schufen wir uns die geistigen Vorbedingungen zum Siege der revolutionären Arbeiterklasse. Und auf dieses Ringen, dieses geistige Erleben sollen wir verzichten und uns in eine Dogma reissen lassen, dessen Lehre wir als revolutionäre, denkende Arbeiter ablehnen müssen? Wir müssen es ablehnen, uns durch unhistorische, sich verneinende und sich selbst zerlegenden Organisationsformen und Bestimmungen, wie sie Moskau von uns verlangt, der geistigen Arbeiterentwicklung zu verfallen.

Rein und abwärts! Rein!
Wir, U. S. P., sind revolutionäre Sozialisten, wir legen keinen Wert auf Namen und Formen der Partei. Nur der Inhalt kann das ausschlaggebende im Wesen einer Partei und in seinem Verhältnis zu seinen historischen Aufgaben sein. Wir bejahen die Tendenzen der kommunistischen Thesen und Forderungen, wie sie in Moskau aufgestellt sind, wir gehen mit ihnen zum Teil konform. Wir lehnen aber aus all den von mir angeführten Gründen die Anwendung der russischen Taktik auf die deutschen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Oekonomische und politische Entwicklungen pflöpft man nicht auf, man versucht auf ihren Gang bestimmenden Einfluß zu erhalten. Die Geschichte der deutschen unabhängigen Partei hat bis heute bewiesen, daß dieser Weg, bestimmenden Einfluß zu erhalten, der rechte war. Zum Wohle des deutschen Proletariats, wie auch zum Besten Sowjetrußlands und des internationalen Sozialismus.

Nur die Erhaltung aller geistigen revolutionären Energien, die im Gesamtproletariat schlummern, wird und kann die kapitalistische Gesellschaft überwinden!

Der Abbau der Kriegsgesellschaften

Nach Mitteilungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Scholz im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags geht jetzt der Abbau der Kriegsgesellschaften in beschleunigtem Tempo vor sich. Von den Kriegsgesellschaften sollen nur noch sechs Gesellschaften bestehen bleiben, nämlich die Zentralstelle für Petroleumversorgung, die Textil-Notstandsversorgung, die Reichs-Schuhversorgung, die Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe, die Desinfektions- und die Ueberwachungsstelle der Eisen- und Kohlen. Die anderen Gesellschaften befinden sich bereits in Liquidation oder ihre Auflösung steht unmittelbar bevor. Sein wesentlicher Teil der Angestellten sei bereits ange-

schieden. Weitere Entlassungen sollen, dem Abbau der Gesellschaften entsprechend, stattfinden. Es werde hierbei einer besonderen Prüfung bedürfen, in welcher Weise diese Entlassungen unter Ausgleich der verschiedenen Interessen am besten bewirkt werden können. Vermeidend werden sollen auf alle Fälle plötzliche Massenentlassungen. Es müsse den Angestellten möglichst frühzeitig mitgeteilt werden, wann sie mit ihrem Ausscheiden aus der Kriegsgesellschaft zu rechnen haben, damit sie sich rechtzeitig nach einer anderen Tätigkeit umsehen können. Es soll nach Mitteln gesucht werden, die Angestellten beim Suchen einer anderen Arbeitsstätte durch Mithilfe der beteiligten Gewerbezweige selbst zu unterstützen. Es werde auf diese Weise vermieden, daß bei den Kriegsgesellschaften mehr Personal zurückgehalten wird, als für die Erledigung der Geschäfte unbedingt erforderlich sei.

Die Neuordnung des Polizeiwesens

Im preussischen Ministerium des Innern ist jetzt eine Denkschrift über die Neuordnung des Polizeiwesens in Preußen ausgearbeitet worden, die dem Ministerium und der Landesversammlung zur Stellungnahme unterbreitet werden soll. Die Neuordnung soll ohne Rücksicht auf parteipolitische Verhältnisse vorgenommen werden und sich lediglich nach den Bedürfnissen richten, die sich aus den Aufgaben der Polizei unter Berücksichtigung der Erfahrungen in Verbindung mit den besonderen Verhältnissen mit der Zeit ergeben. Jetzt besteht eine ungeheure Zersplitterung auf dem Gebiete des Polizeiwesens. Neben der Ordnung-, Sicherheits-, Grenz-, Post-, Seehafen- sowie Kommunal- und Ortspolizei zählt die Denkschrift noch 16 verschiedene Polizeibereiche auf, zu denen noch neue polizeiliche Stellen hinzukommen sollen. Alle diese Einrichtungen arbeiten nicht nebeneinander, sondern sie hindern sich gegenseitig. Durch die neue Staatspolizei sollen die vom Reich errichteten polizeilichen Einrichtungen in Wegfall kommen. Die alte Streitfrage, ob kommunale oder staatliche Polizei vorzuziehen sei, sei durch die Entwicklung längst überholt. Die Sorge für die Sicherheit sei Sache des Staates, die kommunale Polizei mit Ausnahme geringfügiger Zweige von rein örtlicher Bedeutung müsse in die Einheitspolizei aufgenommen werden.

In erster Linie müsse die blaue Ordnungspolizei und die grüne Sicherheitspolizei zusammengefaßt werden. Das sei um so dringender, weil im Laufe der Zeit ein scharfer Gegensatz zwischen diesen beiden polizeilichen Abteilungen sich herausgebildet habe. In die Einheitspolizei müsse die Sanitätspolizei und die Landesgrenzpolizei einbezogen werden. Die Verfolgung von Schleichhandel und Wucher sei Aufgabe der ordentlichen Polizeibehörde. Die Kriminalpolizei, bei der sich die Zersplitterung in kommunale und staatliche Zuständigkeit in besonders verhängnisvoller Weise fühlbar mache, müsse baldmöglichst reiflich verknüpft und so ausgebaut werden, daß sie im wesentlichen nach dem Landgerichtsbezirk gegliedert über das ganze Staatsgebiet verteilt ist. Auch die zahllose Menge der geltenden Polizeiverordnungen bedürfe dringend einer Neuordnung.

Die Polizei soll sich gliedern in die Schutzpolizei, die die bisherige Ordnung- und Sicherheitspolizei umfaßt, in die Kriminalpolizei und die Verwaltungs- und Grenzpolizei. Die Schutzpolizei müßte in feste Verbände zusammengefaßt werden. Die Besetzung habe im Rahmen der Jugendaufstellung der Orientierung zu erfolgen. Die schwierigen innerpolitischen Verhältnisse im Lande sowie das Fehlen einer starken Wehrmacht zwängen zu einer Verstärkung, wie überhaupt zu einer gänzlichen Umgestaltung des früheren Polizeiwesens. Vor völligem und endgültigem Zusammenbruch könne nur eines bewahren: eine Polizei, die ein wirkliches Machtmittel in der Hand des Staates darstelle. Deutlich betont müsse werden, daß wir neben der Reichswehr kein zweites Heer haben dürfen, das wir auch gar nicht wollten. Die Polizei müsse einen in und mit dem Volke lebenden, ihm ständig dienenden Organismus darstellen, dessen Wirken im Gegensatz zum Heere besonders vordringender Natur sein müsse.

Die Denkschrift macht dann weitere Mitteilungen über die Organisation und die Aufgaben der Schutzpolizei, über den Aufbau der Beamtenschaft, deren Schulung und die Ausbildungsbedingungen, über Bekleidung, Unterkunft und Verpflegung und über die Kosten. Für Groß-Berlin werden Sonderbestimmungen vorgeschlagen.

Wir haben für heute nur den sachlichen Inhalt der Denkschrift wiedergegeben. Eine ausführliche kritische Besprechung behalten wir uns noch vor.

Die dänischen Wahlen. Nach einer Bekanntmachung des Ministers des Innern haben die Wahlmänner wählen zum Landtag am 24. September, jedoch die Wahlen selbst für das Landtag am 1. Oktober statt.

Die Stellung der Organisationen Ein Beschluß der Magdeburger Funktionäre

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Magdeburg, 11. September.
Die Funktionäre der U. S. P. D. in Magdeburg haben an zwei Abenden die Anschlußbedingungen an die dritte Internationale gründlich besprochen und folgende Resolution mit über großer Mehrheit angenommen:

„Die am 8. und 10. September in Magdeburg versammelten Funktionäre der U. S. P. D. sehen in den von Moskau gestellten Bedingungen nicht den Weg, um einen Anschluß an die dritte Internationale vorzunehmen. Sie müssen die Bedingungen ablehnen, da sie nicht nur unerfüllbar sind, sondern die Selbständigkeit unserer Organisation vollständig aufheben. Eine Zersplitterung unserer Partei und damit eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse würde die unabwendbare Folge sein. In Erwägung, daß die Entwicklung zu den letzten entscheidenden Kämpfen zwischen dem internationalen Kapital und dem internationalen Proletariat treibt, und in Erwägung, daß diese Kämpfe ihre Entscheidungen in Deutschland und den größten Industriestaaten des Westens finden und nur zum Siege führen können, wenn das gesamte revolutionäre Proletariat zu einer geschlossenen Internationale zusammengefaßt wird, ist es notwendig, daß der einzubehaltende Parteitag erneut aufgefordert werden muß, Richtlinien auszuarbeiten, welche allen mit uns sympathisierenden Parteien sämtlicher Länder, auch den der dritten Internationale angeschlossenen, unterbreitet werden sollen, und auf der Grundlage dieser Richtlinien eines allgemeinen Kongress zustande zu bringen, der dann das Fundament einer wirklichen sozialistischen Internationale bildet.“

Die endgültige Entscheidung wird die Generalversammlung treffen.

Crispian und Däumig in Leipzig

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Leipzig, 11. September.
In einer tiefen überfüllten Mitgliederversammlung im großen Saal des Volksbundes in Leipzig — Galerien und selbst die Gänge waren dicht gedrängt besetzt, Hunderte standen dicht aneinander in den Gängen, der größte Teil der Tische wurde eingenommen —, riefen Genosse Crispian über die Bedingungen der dritten Internationale. Er schloß unter stürmischem, anhaltendem Beifall. Genosse Däumig erwiderte das Korreferat, er hatte starken Beifall. In der Diskussion widerlegte Genosse Bloch, der Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Angriffe Däumigs auf die „Leipziger Volkszeitung“ und teilweisem Widerspruch, am Schluß hatte er starken Beifall. Genosse Däumig erwiderte, daß er sich auch erst gegen längere Rede durchsetzen mußte. Dann wurde die Debatte geschlossen. Sie soll in der nächsten Sitzung weitergeführt werden, worauf eine Abstimmung über die Entscheidung fallen wird. Die Genossen Crispian und Däumig hielten dann die Schlussworte, die sich bis 12 Uhr hinzogen. Genosse Crispian erwiderte wieder starken Beifall, Genosse Däumig hatte starken Beifall, aber nicht so großen Beifall. Die Versammlung hatten meist um 1/2, 5 Uhr an in dringender fürärdlicher Ange ausgehalten, die Versammlung begann nach 1/2, 7 Uhr. Die Haltung der Versammlung bekräftigt den Eindruck der Sonntagsgeneralversammlung, daß die Mehrheit der Leipziger Genossen die Moskauer Bedingungen ablehnt und hinter der „Leipziger Volkszeitung“ steht.

Für die Völkerveröhnung

Die seitherzeit berichtet, fand am 26. August anlässlich des 70. Geburtstags Charles Richets eine gemeinsame Frier des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer und der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft statt, auf der ein Sympathietelegramm an den bekannten Gelehrten und Politiker beschlossen und abgeschickt wurde. Riche hat nun geantwortet:

„Ich bin Ihnen sehr verbunden für Ihr Sympathietelegramm und spreche Ihnen alle Gefühle der Dankbarkeit aus, deren ich fähig bin. Fahren Sie fort, für den wirklichen moralischen Frieden einzutreten, der vielleicht weit bedeutungsvoller als der diplomatische Friede zwischen Frankreich und Deutschland ist. Die beiden Völker haben wahrhaftig vornehmere Aufgaben zu lösen, als sich nur gegenseitig zu morden. Charles Riche.“

Die österreichischen Delegierten für Brüssel. Die österreichische Regierung hat zu ihren Delegierten zu der am 23. September in Brüssel zusammen tretenden internationalen Finanzkonferenz den Staatssekretär für Finanzen Dr. Reichel und den Sektionschef im Staatsamt des Außenwesens Dr. Schuller ernannt.

Direkte Aktion

Von Jerome K. Jerome.

Nur durch die direkte Aktion sind alle Freiheiten der Welt, wie immer unzulänglich sie auch sein mögen, errungen worden. Und doch durch die direkte Aktion vermögen sie gesichert zu werden. Die direkte Aktion schenkt England die Magna Charta. Will vielleicht irgendein Historiker behaupten, daß in der englischen Verfassung vorsehen war, eiliche bewaffnete Agitatoren würden den König von Gottesgnaden an einen einsamen Ort am Themseufer locken und dort, unter Bedrohung mit dem Schwerte, von ihm für die Engländer das Recht fordern, Herr ihrer eigenen Leiber und Seelen zu sein?

Sicherlich lautete König Johanns Antwort zuerst gleich der Lloyd Georges: er werde sich mit allen Mitteln gegen diese „Diktatur“ wehren. Doch kam er dann nach reiflicher Überlegung zu dem Schluß, das Wohl des Staates sei unbillig mit den Entschlüssen und dem Willen der ihn umdrängenden Herren verbunden. Auch Herr Lloyd George wird vielleicht noch einmal einsehen, daß die Zeiten vorüber sind, da König oder Premier ausrufen konnten: „Der Staat bin ich!“ Er wird vielleicht erkennen, daß die Lebensfähigkeit des Staates stark beeinträchtigt werden dürfte, falls zehn Millionen Werktätiger, samt ihren Familien aus ihm auscheiden. Ein gelehrter Herr hat unlängst eine Botschaft Israels entdekt; es ist dies ein Ausspruch, den ich unbewußt plagiiert habe. Die Könige haben ihre Zeit gehabt und die Aristokratie hat ihre Zeit gehabt. Der Tag wird kommen, prophezeit Lord Beaconsfield, da auch die Parlamente ihre Zeit gehabt haben werden, da sie mit den anderen toten Wahrheiten, die den Menschen im Wege liegen, fortgesetzt werden müssen. Mich dünkt, diese Zeit naht.
(Aus dem Englischen.)

Die Volkshochschule Groß-Berlin

Die Volkshochschule Groß-Berlin veröffentlicht ihren Lehrplan für das Quartal Oktober-Dezember. Die Uebersicht zeigt wiederum eine unverkennbare Entwicklung, die sich in der Richtung der Ausbreitung der Lehrtätigkeit über eine immer größere Zahl von Fachgebieten, wie in der Heranziehung und Auswahl für das Volkshochschulwesen besonders geeigneter Dozenten, vor allem aber in wachsender Vertiefung der Lehrtätigkeit durch das Fortschreiten vom allgemeineren Kursus zur Arbeitgemeinschaft bewegt. Von unseren Parteigenossen finden wir unter den Vortragenden den Genossen Stein, mit einem Vortus über „Ruhland, den Genossen Graf mit einem Kursus „Politische Geographie“, Kestenber mit „Einführung in Musikwerke“, Rosenber, der über „Revolutionen in der Neuzeit“ spricht und Seidel mit einem Kursus über „Die Betriebsräte in Deutschland“. Horzen spricht über „Sozialisierung und Wiederaufbau“. Ferner sind von sozialistischer Seite unter den Dozenten vertreten: Heinrich Cunow, Conrad Schmidt, Grünwald, Reiterle, Arbeitersekretär Hermann Müller, Landrichter Ruben, der Historiker Conrad und einige andere, die weniger im Vorder-

grunde der Arbeiterbewegung stehen. Diese Dozenten erscheinen vorwiegend in den Fächern der Staatswissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaft. Hier darf auch ein Kursus von Werner Sommer über „Grundbegriffe der Nationalökonomie“ nicht unerwähnt bleiben. Aufmerksamste Beachtung verdienen ferner die zahlreichen naturwissenschaftlichen Kurse und die Arbeit der Volkshochschule auf den Gebieten der Kunst.

Die Volkshochschule Groß-Berlin hat ihren Tätigkeitskreis auch geographisch erweitert dadurch, daß sich die Volkshochschulen in Kaulsdamm und Wilmersdorf angeschlossen haben.

Auch der Arbeitsplan der Volkshochschule und Elementarkurse hat sich erweitert. Die Volkshochschule Groß-Berlin löst die Aufgabe der Vorbereitung auf die eigentliche Volkshochschularbeit durch eine Fusion mit den bekannten studentischen Arbeiter-Unterrichtskursen. Auf eigene Rechnung und in eigener Verwaltung, aber in enger Lehrplangemeinschaft mit der Volkshochschule steht dieser Verein seine Arbeit, die er schon seit vielen Jahren erfolgreich betreibt, in größerem Umfang und mit bedeutungsvolleren Mitteln fort.

Wir empfehlen den Parteigenossen das sorgfältige Studium des Lehrplanes, dessen kleine Ausgabe unentgeltlich in der Buchhandlung „Freiheit“ und im Gewerkschaftshaus (Arbeitersekretariat) zu bekommen ist. Wir empfehlen aber auch die Anschaffung der großen Ausgabe zum Preise von 1 M., die ausführlichere Auskunft über den Inhalt der einzelnen Lehrkurse, über sonstige Veranstaltungen und Einrichtungen der Volkshochschule und über ihr Ziel und ihr Wesen gibt.

Von der Leipziger Herbstmesse

Die Leipziger Messe, die vom 29. August bis zum 5. September ihre Herbsttagung hatte, entwickelte sich immer mehr zu einer Stätte der niedrigsten Organe des Profits und der Gewinnsucht. Der moderne Kapitalismus hat ganz andere Korrespondenzen — und Reklamemöglichkeiten als die Leipziger Messe, die als Rest der mittelalterlichen Handwerksproduktion und der Kultur des Kleinvertriebs erhalten geblieben ist. Die künstliche Belebung durch den Krieg ist der Messe auf die Stirn geschrieben. Von einer Ausstellung von Warenproben, die sie bis dahin war, ist sie jetzt immer mehr zu einer Kalkulationsmaschine geworden, auf der die Scheiterware direkt verhöllert werden. Als Einrichtung einer absterbenden Produktionsform, trägt sie aber auch alle jene moralischen Versäulungserscheinungen mit sich herum, die gerade in der Wochenwoche erscheinende Formen angenommen haben.

Messe und Nepp sind in Leipzig nachgerade identische Begriffe geworden. Der sogenannte Neppent wird ausgezogen und ausgepumpt, von dem Neppant, von dem Neppel, dem Neppel oder dem Neppel, der Neppentier oder der Neppentier, die gleichzeitig mit den Neppentieren in Extrazügen nach der Pleichstadt kommen.

Sin zu Neppentien frischeröffnetes Kabarett (blühender Eintrittspreis 10 M.) z. B. wurde geschlossen werden, weil die erschienenen Neppentien schon nach der ersten Viertelstunde kärmlich an der Kasse ihr Geld zurückverlangten; man hatte völlige Dilettanten, die selbst bei den einfachsten Couplets hockten, auf sie losgelassen. Zimmer ohne Kaffee zu 80—100 M. pro Tag sind in der Woche gang und gäbe. Auf der Straßenbahn, die wohlgerne, im häßlichsten Besitz ist, mußten für Fahrten durch das Mehlgelände höhere Tarife bezahlt werden. Im größten Leipziger Blatt erheben jetzt drei Neppelbäcker, ein Neppel-

aus Weimar, ein Hamburger Siegelackfabrikant und ein Berliner Konsul im Namen des Ausschusses der Leipziger Restaurateur blühender Krieger wegen Schamlosen Wuchers gegen das Leipziger Weizenmehl, das — es ist das bezeichnete — häßlich-behäßlichen Charakter hat. Sie fragen u. a. an, warum das Weizenmehl für Weizenmehl, die bei der Herstellung kann eine Rolle spielen, wozu? Von dem Käufer verlangt, der doch nach Leipzig gekommen sei, um den deutschen Industrie Arbeit zu verschaffen. Warum es sich für das dumpe Weizenmehl (Papierwert vielleicht 3 Mark), das noch dazu durch seine Inerente ein glänzendes Geschäft an sich bedeutet, mit 70 M. bezahlt läßt. Warum das Amt für Statistikarten bei Theaterveranstaltungen hohe Aufgaben fordert usw. Kurz und gut, die Debatte der kapitalistischen Epoche kann nicht besser als durch diesen Neppent gezeichnet werden.

In der Staatsoper wurde gestern Puccinis „Bohème“ in einer Neuentstehung gegeben, die unter Leo Blech Orchesterleitung mehr den musikalischen als den szenischen Reiz dieser italienisch-französischen Oper gerecht wurde. Am besten lobt sich die Lyrik aus dem bunten Gefüge des Werkes heraus und besonders die „Mimi“ der Lola Riot de Padilla und der „Nubol“ des Herrn Gatti glänzende Höhepunkte, während die Arie der Nelly Nym eine gesungene Entgleisung war, die den guten Verlauf der sehr beifällig aufgenommenen Vorstellung beeinträchtigte.

„Sumurun“ und „Genuine“ sind die beiden meistgenannten Filme, die jetzt unter großem Jubel in Berlin vorgeführt werden. Bei „Sumurun“ (im Ufa-Palast am Zoo) staunt die Menge über das Schaugepräge, das Ernst Lubitsch mit großem Aufwand von Kulissen und Statisten veranfaßt hat. Lubitsch, der seinen Film die bekannte Pantomime Fressas zugrunde gelegt hat, bringt im Verlauf der auf der Leinwand wenig gefärbte Handlung ein paar witzelnde Pointen, ohne die orientalische Melodie voll erklingen zu lassen. Nicht einmal die Hauptdarsteller (Pola Negri, Jenny Hoffelquist, Paul Wegener) kommen recht zur Geltung und man muß es offen sagen, daß diesmal die Sache dem „Kinoreinhardt“ Lubitsch wenig gegückt ist. Dagegen kommt die Phantastik des Films „Genuine“ (Marmorpalast) in der expressionistischen Art des Kalkari-Films aufs stärkste zur Geltung. Die malerischen Reize, die Cesar Klein in der romantischen Handlung erworben hat, weisen neben der Regie des Film künstlerisch neue Wege. (Bemerkenswert ist auch die strahlend schöne Anordnung der erklärenden Zwischenakt.) Rangdes erscheint weniger kühn und neuartig als im Kalkari, aber es liegt teilweise an der Darstellung, die in der schmerzhaften Fern Andra ihre flimmernde Verklärung, im dem strenger gerichteten Twardowsky eine höchst pittoreske Verinnerlichung erfährt.

„Volkshöhe, Zeitschrift für soziale Kunstpflege“ des Jahres auf 140 000 Mitglieder angewachsenen Berliner Volkshochschulvereins (Preis und Neue freie Volkshöhe), enthält in seinem eben erschienenen ersten Heft Bruchstücke aus einer ungebrachten Idylle in Organeln

Die Bedingungen für Frankreich

21. Genf, 11. September.

Die „Humanité“ veröffentlicht die Bedingungen, unter denen die kommunistische Internationale den Beitritt der Franzosen annimmt. Es handelt sich nicht um das eigentliche Programm der Moskauer Internationale, sondern um neun besonders formulierte Punkte, zu denen sich die französische Partei verpflichten soll. Diese Bedingungen sind keineswegs kategorisch, sondern lassen von Fall zu Fall der französischen Partei einen ziemlich weiten Spielraum für die Anpassung ihrer Taktik an das Moskauer Programm. Nur die Bedingung über die Unterordnung der Gewerkschaften ist schwer zu erfüllen.

Tagung der französischen Eisenbahner gegen die dritte Internationale

Paris, 10. September.

Der Kongress der französischen Eisenbahnarbeiter hat seine Tagung beendet, nachdem er mit 294 gegen 180 Stimmen für die Resolution der Mehrheitsrichtung gegen den Anschluss an die Dritte Internationale gestimmt hat.

Die Schweizer Sozialdemokratie und Moskau

21. Zürich, 11. September.

Im Gegensatz zur Berner „Tagwacht“ schreibt das „Zürcher Volksrecht“ bei Besprechung der 21 Moskauer Punkte, die konsequente Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie in der Richtung der dritten Internationale sei nicht zu bestreiten und nicht auszuhalten. Es sei keine Frage, dass die Einstellung der Partei zur dritten Internationale sich nicht ändern dürfe.

Unverbesserliche Dügner

Wir nagelten in der vorigen Woche die Fälscherprotokolle der „Koten Fahne“ fest, die einen Bericht unseres ostpreussischen Korrespondenten in sein Gegenteil umgelenkt und darauf ein großes Geschrei angelockt hatte. Wir hätten verlangt, dass den russischen Gefangenen die Waffen fortgenommen werden sollten.

Leider haben die Diebe, die wir der „Koten Fahne“ verzeihen, ihr nicht die Lust an Lügen und Fälschen ausgetrieben. In ihrer Donnerstagsgabe wiederholt sie die von uns festgenagelte Fälschung und ergänzt sie durch eine neue, indem sie uns unterstellt, wir hätten erklärt, dass die Internierung der Koten Soldaten unumgänglich notwendig sei.

Auch diese Behauptung konnte nur mit Hilfe einer frechen Fälschung aufgestellt werden. Die Wahrheit ist, dass wir gegenüber den Protesten einer Anzahl von Städten und Körperschaften die Ausführungen des Vertreters des Heeresabteilungsrates wiedergaben, dass die Rotgardisten bisher nicht die geringste Ursache zu irgendwelchen Befürchtungen gegeben hätten. Dass wir die Internierung der Rotgardisten als unumgänglich notwendig erklärt hätten, ist selbstverständlich eine Erfindung des kommunistischen Zentralorgans.

Wir registrieren auch diesen Fall, ohne uns allerdings der Hoffnung hinzugeben, dass die „Koten Fahne“ von ihren Fälscherprotokollen Abstand nimmt. Klappern gehört zum Handwerk! Und das Handwerk des ehrenwerten kommunistischen Organs ist bekanntlich die systematische Verleumdung der U. S. P. mit allen Mitteln der Lüge, der Entstellung und des Betrugs.

Eine Richtigstellung

Genosse Theodor Liebkech schreibt uns:

Genosse Barth hat nach Ihrem Bericht in der Funktionärerversammlung erklärt, mein Bruder wäre am 9. November bereit gewesen, in die Regierung einzutreten, habe aber am 10. November nach Rücksprache mit Bucharin abgelehnt, und zwar mit der Begründung, die Revolution weiterzutreiben zu wollen. Diese Darstellung ist unrichtig. Mein Bruder war am 9. November, um dem Norden an den Fronten möglichst schnell ein Ende zu machen, bereit, sich zwecks Abschließung eines Waffenstillstandes unter den bekannten

von Gerhart Hauptmann, betitelt „Junglicht“, Sonette von Ernst Lohmer, neue „Schauspielernotizen“ von Friedrich Kayser, einige Aufsätze über die „Jeder der Volkstheater“, über die „Bühne und neue Zeit“, Amerika und die Theaterkultur“, über die „Nationalgalerie und die soziale Kunstpflege“ u. a. m. Einzelheft 1,80 Mark, Halbjahresabonnement 3 Mark. Bestellungen sind an das Generalsekretariat des Vereins, Berlin C 25, Platenstraße 297, zu richten.

Das neue Volkstheater bringt Donnerstag, den 18. d. Mts eine Neueinstudierung von Ibsen's „Nora“.

Im Veffing-Theater wird als erste Neuheit der Winterzeitzeit Heinrich Lautensack's Schauspiel „Das Gelübde“ im Laufe des September in Szene gehen. Ferner sind folgende Werke zur Aufführung in der ersten Hälfte der Spielzeit in Aussicht genommen: Strindberg's „Kausch“, Hermann Effig's Schauspiel „Der Atlas“, Julius Meier-Graef's Lustspiel „Delirich, der Beglückte“, Otto Hoff's Tragödie „Der Schneesturm“ und Oscar Wilde's Komödie „Ein idealer Gatte“.

Uns Hellenen wird uns geschrieben: Unweit Dresden liegt Hellenau. Es war die erste deutsche Gartenstadt. In vier Jahren siedelten sich dort gegen 400 Familien an. Die Bodenspekulation, die rings um Berlin lustig wucherte bis ins Unermessliche, ward ausgeschlossen. Künstler schufen diese Stadt. Richard Kriemler schmidte entwarf den Bebauungsplan. Er baute auch die Deutschen Werkstätten, die versuchen wollten, Wertarbeit anstelle der üblichen Massenfabrikationsarbeit treten zu lassen. Andere Architekten halfen ihm. Vor allem Heinrich Tessenow. Nach seinen Plänen wurden die Dalcrossschule gebaut. Rhythmus der Erziehung, in der Bildung der Persönlichkeit, in der Kunst und im Leben sollte wieder gewonnen werden. Und heute: was in Hellenau das Kapitalismus wurde, droht zu zerfallen durch die Altmacht des Kapitalismus. Wie steht es? 45 000 Mark jährliche Miete und 250 000 M. einmalige Tilgungssumme müssen aufgebracht werden, um es zu erhalten. Gelingt das nicht, dann wird Tessenow's Meisterwerk, wie so vieles heute vom Kino, geschluckt, wird vielleicht zerstört. Und doch hat Hellenau als Bildungsanstalt vielleicht gerettet. Und doch hat Hellenau als Bildungsanstalt vielleicht gerettet. Und doch hat Hellenau als Bildungsanstalt vielleicht gerettet.

Zeichen der Vernunft. Alle österreichische Uebersetzungen haben in den Köpfen der gesamten Bevölkerung der ehemaligen Monarchie den ganz merkwürdigen nationalen Vorstellungen herbeigeführt. Der gegenseitige Haß zwischen Tschechen und Deutschen beschränkte sich aber nicht auf den täglichen Verkehr, sondern dehnte sich auch auf den literarischen Bereich aus. Seit dem Weltkriege ist im tschechischen Nationaltheater keine Oper eines Deutschen gespielt worden, ebensowenig wie im Prager Deutschen Theater die tschechischen Komponisten zum Wort kamen. — Nun brachte Wagner's „Fliegenden Holländer“, das Deutsche Theater hat Smetana's „Verkaufte Braut“ auf den Spielplan. Hoffentlich darf man dies als Zeichen einer beginnenden nationalen Vernunft und Verträglichkeit buchen.

drei Bedingungen bis zum kommenden Montag an einer Regierung zu betiteln, lehnte aber in Uebereinstimmung mit mir schon damals jedes weitere Zusammenarbeiten mit dem Ebert-Scheidemann und Konsorten, und nachdem noch am gleichen Abend die drei Bedingungen abgelehnt worden waren, jeden Eintritt in die Regierung überhaupt ab. Eine Rücksprache mit Bucharin hatte nicht stattgefunden.

Die Völkerbundversammlung

Amsterdam, 11. September.

Der Telegraf meldet aus London: Die vorläufige Tagesordnung der ersten Sitzung der Völkerbundversammlung ist bekanntgemacht worden. Daraus sind folgende Punkte hervorzuheben: Zulassung der Staaten, die in der Vorlage des Völkerbundesvertrages genannt sind; vorläufige Festsetzung des Sitzes für 1921; Pläne für die Errichtung des permanenten internationalen Gerichtshofes, Errichtung einer permanenten Organisation, um die Frage betreffend internationale Verbindungen und Verkehr, die laut Friedensvertrag von Versailles zu den Befugnissen des Bundes gehört, zu behandeln; Gerichtshöfe zur Vellegung der Streitigkeiten, die in den Artikeln 395, 397, 376 und 385 des Versailles Vertrages und den gleichlautenden Artikeln anderer Verträge (mit Bezug auf die Verwaltung, die internationalen Fragen und die Auslegung der Bestimmungen des Friedensvertrages usw.) vorgesehen sind; Vorschläge der internationalen Finanzkonferenz; Vorschläge für die wirtschaftliche Waffe des Bundes, die im Falle gebraucht werden soll; Oberaufsicht über die Ausführung der Abkommen betreffend den Handel mit Opium und Kindern; allgemeine Oberaufsicht über die Ausführung der Abkommen mit Bezug auf den Handel mit Opium nach Artikel 23 des Friedensvertrages.

Entschädigung und Völkerbund

21. Paris, 11. September.

Ueber die Vorgeschichte des Ausschusses der Genfer Konferenz weiß der „Temps“ noch folgendes zu melden: Es wird behauptet, dass, wenn die erste Versammlung des Völkerbundes Anfang November zusammentritt, die Zulassung Deutschlands zum Bunde beantragt wird. Es ist dies eine Frage, die weder Frankreich noch Belgien in Vertretung bringt. Vorher aber sind nach zwei Punkten zu regeln: 1. muß man wissen, ob die Vereinigten Staaten sich dem Völkerbund anschließen werden oder ob sie ihn mit wesentlichen Änderungen anerkennen, schließlich ob Amerika überhaupt außerhalb des Bundes bleibt. Strebt wird es möglich sein, sofort nach den Präsidentschaftswahlen am 2. November hierüber Sicherheit zu erhalten. Wenn Amerika bereit ist, das Abkommen mit oder ohne Änderungen zu ratifizieren, muß man ihm Zeit lassen, bevor man Deutschland zum Bunde zulässt. Weigert sich Amerika, so steht die Existenz des Völkerbundes auf dem Spiel und es wäre politisch sehr wenig angebracht, Deutschland zum Bunde zuzulassen. Die zweite Frage ist die, ob man Deutschland zum Mitglied des Völkerbundes zulassen kann, solange die Frage der Entschädigungsleistung noch schwebt. Der Völkerbund würde sonst der Schauplatz heftiger Debatten über diese Frage werden. Sobald die Haltung der Vereinigten Staaten dies möglich macht, sobald die Entschädigungsfrage geregelt ist, werden weder Frankreich noch Belgien der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund entgegenstehen.

Der Ausschub der Genfer Konferenz

In französischen politischen Kreisen wächst der Widerstand gegen die Abhaltung der Genfer Konferenz, die Ende September zur Regelung der Entschädigungsfrage zusammenzutreten sollte. Man ist in Frankreich der Ansicht, die Zeit sei noch nicht gekommen, in der die Alliierten mit Deutschland Verhandlungen anknüpfen könnten. Obwohl endgültige Beschlüsse noch nicht gefasst worden sind, wird doch in einigen Kreisen mit ziemlicher Sicherheit behauptet, dass sich Frankreich jedenfalls nicht an der Konferenz beteiligen werde. Laut Temps erklärte sich Frankreich mit dem belgischen Standpunkt einverstanden, dass Deutschland Anordnungen hinsichtlich des Schadenersatzes machen solle. Diese sollen jedoch nicht in Genf behandelt, sondern dem Wiedergutmachungsausschuss unterbreitet werden, der trotz seiner Befugnisse diese Vorschläge prüfen und sie den Alliierten vorlegen soll. Der Temps fügt hinzu, dass Frankreich gestern dem britischen Botschafter in Paris in dieser Angelegenheit eine Mitteilung gemacht hat.

Die Siedlungstätigkeit in Preußen

Die Preussische Regierung hat eine Bestätigung der von dem ehemaligen Hauptmann Schmutz geleiteten Siedlungen veranlaßt und darüber ausführlich der Presse Bericht erstattet. Die Bergmannsiedlung in Böhlke ist eine Genossenschaftsiedlung. Die Genossenschaft besitzt 170.000 M. Kapital, das in kurze noch vergrößert werden wird. Die Einzel- und Zweifamilienhäuser werden von den Bergleuten in ihrer freien Zeit errichtet. Die Arbeit schreitet rüftig vorwärts und die etwa 50 im Juni begonnenen Häuser werden im Oktober fertiggestellt sein. Die Preussische Regierung finanziert durch Darlehen, die sie gewährt, den Bau dieser Häuser. Die Errichtung dieser Häuser ist deshalb besonders billig, weil ehemalige abgediente Jügelien und verlassene Schächte mit ihrem Material der Siedlung zur Verfügung stehen.

Die übrigen Siedlungen sind landwirtschaftliche Siedlungen, auf denen Heide- und Moorflächen für Kulturwecke nutzbar gemacht werden. Die Preussische Regierung betont, daß bei diesen letzteren Siedlungen, bei denen es sich um Soldatensiedler handelt, die Unterstützung durch die Selbstverwaltung schnell vorwärts schreitet. Die Abenteurer, die sich unter den Siedlern befinden hatten, und die Agitatoren seien durch die Siedler selbst sehr bald angeschlossen worden, da diese die Absicht hatten, in friedlicher Arbeit sich eine neue Heimstätte zu gründen, nicht aber reaktionären Plänen und monarchistischen Putschgeistes zum Opfer zu fallen.

Wenn es der Preussischen Regierung in der Tat gelingen sollte, zu verhindern, daß sich bei diesen Siedlungen neue Reaktionsherde bilden, so ist diese Arbeit, die einerseits durch einen Anreiz der Heimat- und Erwerbsloser neue Heimstätten und Arbeitsgelegenheit schafft, zu begrüßen. Es wäre wünschenswert, daß die Preussische Regierung nicht nur den ehemaligen Wehrdienstlichen, sondern auch der wehrlosen Arbeiter die Gelegenheit gibt, an der Siedlungsarbeit teilzunehmen.

Ein Tannenbergs-Festredner

Der „Kostener Anzeiger“ vom 3. September veröffentlicht folgende niedliche Notiz:

Kreuzfeld, 2. September. Auf einer Anhöhe bei der Domjuch hatte der deutsche nationale Jugendbund, Ortsgruppe Strelitz, zur Erinnerung an den glänzenden deutschen Sieg bei Tannenberg eine Tannenbergsfeier veranstaltet, an der sich auch die Studentenvereine und besonders stark die Burschenschaften des dortigen Technikums, sowie Vertreter des Kriegervereins teilnahmen. Die Feier wurde, während die Flammen eines mächtigen Holzstoßes mahnen zum dunklen Abendhimmel emporleuchteten, mit dem Rufe „Ich hab mich ergeben“ eingeleitet. Dann hielt der Vorsitzende der Ortsgruppe, Obersekundant Elobius, eine kurze, von jugendlicher Begeisterung durchglänzte Begrüßungsansprache. Die eigentliche Festrede hielt — und das war das Bemerkenswertere an der Veranstaltung — der sozialdemokratische Stadtrat Heide. Man hielt sich die Rede auch von einem konservativen Inhaltlich nicht besser wünschen können, als er ausführte, daß die Feier Zeugnis ablegen möge davon, daß der alte preussische Geist noch nicht tot sei, daß man von ihm allein die Wiedergeburt unseres Vaterlandes erhoffen könne, daß das stolze Bewußtsein, Deutscher zu sein, recht bald wiederkehren möge und namentlich die Jugend weit deutlicher als bisher erjagen werden müsse usw. Diese Worte ernteten denn auch reichen Beifall. Nachdem der 1. Chargierte des

Kartells farbentragender Korporationen des Technikums, Rud. ing. Kersch, eine kurze, kernige Ansprache gehalten und die Studierenden die Fieder „Der Gott, der Hien wachen ließ“ und „Ehre, Freiheit, Vaterland“ gesungen, schloß der allgemeine Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“, in dem auch Stadtrat Heide kräftig mit einstimmte, die schlichte, erhebende Feier.

Das nennt man — Anpassungsvermögen! Der „Sozialdemokrat“ neben dem Obersekundanten Elobius und dem 1. Chargierten des Kartells farbentragender Korporationen! Schule Winnig!

Wie die Neutralität beachtet wird

Von der Kontrollkommission für Waffen-, Munitions- und Truppentransporte wird uns berichtet: Mit welchen Mitteln und Raffinement die Neutralität umgangen und die Kontrolle auf den einzelnen Bahnhöfen erschwert wird, möge man aus folgendem ersehen: Am 19. August wurde auf dem Bahnhof Grunewald von dem Betriebsrat ein Zug mit Reichswehrtruppen angehalten, der wohl dann später durchgelassen wurde. Vor einigen Tagen, am 2. September, erhielt nun der betreffende Betriebsrat eine Postkarte, die im ironischen Schriftsatz folgendermaßen lautet:

„Sind hier in Pillau gut gelandet und machen feste Krieg. Haben hier schon einige Betriebsräte abgejagt. Hoffentlich hältst Du noch wehr Militärtransporte an, die Dir besser gelingen werden wie unser. Gruß aus Pillau! Auf dem Berliner Bahnhof ist durch den Betriebsrat eine Kiste beschlagnahmt worden, deren Absender Sunold, Jock I. 2, dekoriert Kleider und Handwerkszeuge. Inbald 15 Leuchtpistolen, Fett- und Speiswaren, Empfänger: Sunold, Hohengörden-Damm. Die 15 Leuchtpistolen sind von der Sicherheitswehr (Hindenburg-Wache, Wrangelstraße) abgeholt worden. Es ist also der Absender gleichzeitig auch der Empfänger.“

Versammlungsverbot in Dresden

Dresden, 10. September.

Im Zusammenhang mit den Ausschreibungen von Erwerbslosen hat das Polizeipräsidium auf Anordnung des Ministerpräsidenten in Dresden bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel und Menschenansammlungen jeder Art auf Straßen und Plätzen verboten.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen handelt es sich ausschließlich mehr um Ausschreibungen der Polizeiorgane, als um solche der Arbeitslosen.

Arbeitskämpfe in Belgien

Wie überall auf der Welt, gibt es auch im belgischen Proletariat sehr bedenklich. Der Ritt des Nationalismus, der durch die deutschen Schandtat in Belgien einen festen Zusammenhalt geschaffen hatte, zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern, das dieses weidlich zu seinem materiellen Vorteil ausnützte, beginnt auszutrocknen und zugleich abzubreitern. Der Klassenkampf gewinnt zusehends an Verhärtung. Insbesondere die belgischen Bergleute, die zu den schlechtbezahltesten ihrer Gattung gehören und außerdem unter einer langen Arbeitszeit zu leiden haben, machen allmählich auf und treten mit Forderungen auf, die sehr leicht den Keim zu einem großen Bergarbeiterstreik geben können. Sie verlangen vor allem Lohnerhöhungen, und zwar im Umfang von 20 bis 25 Prozent. Die Unternehmer stehen dieser Forderung durchaus ablehnend gegenüber. Demnach sollen Verhandlungen beginnen, aber deren Ausgang noch nicht gewisses gesagt werden kann.

Auch in den übrigen belgischen Industrien finden sich scharfe Arbeitskämpfe an. So haben nach Meldungen belgischer Blätter die Emailfabrikanten der großen Fabriken von Goselles ihre gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt, weil sie sich mit dem Ausmaß der bewilligten Lohnerhöhungen nicht zufrieden gab. In Brüssel kommen zunächst nur 15 000 Arbeiter. Ueber die Beendigung des Kampfes ist bisher noch nichts gemeldet worden.

Neue Landeskulturämter. Der Preussische Landesversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung neuer Landeskulturämter zugegangen. Danach soll für die Provinzen Pommern und Schleswig-Holstein je ein besonderes Landeskulturamt errichtet werden. Das Staatsministerium wird ermächtigt, die bei Preußen verbleibenden Teile der Provinzen Westpreußen und Posen ganz oder teilweise dem Geschäftsbereich der angrenzenden Landeskulturämter zuzuteilen, dem Geschäftsbereich des Landeskulturamtes für die Provinz Sachsen, das Gebiet des Kreises Herrschaft Schmalkalden und dem Geschäftsbereich des Landeskulturamtes für die Provinz Posen-Rastan den Kreis Wehlau zuzulegen.

Der französische Eisenbahnerkongress. Der erste Tag des französischen Eisenbahnerkongresses, der Mittwoch eröffnet wurde, galt fast ausschließlich der Prüfung der Frage, wer die Verantwortung für den Ausbruch des Streiks im Mai und wer die Verantwortung für den Zusammenbruch dieses Streiks zu tragen habe. Die Abstimmung wird heute erfolgen.

Die Vertretung der Schweiz und Belgiens auf der Brüsseler Konferenz. Der frühere Präsident der Schweiz, Ador, wird den Vorsitz an der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel führen. Zweiter Vorsitzender wird der belgische Wirtschaftminister Jaspas und Sekretär der belgische Direktor im Wirtschaftsministerium Pilsnier. Belgien entsendet folgende Vertreter zur Konferenz: Ministerpräsident Delacroix, den bisherigen Minister des Kaiserlichen Heymans und Oberst Dhonnis von der Wiedergutmachungskommission in Paris.

Gewerkschaftliches

Aus der Praxis des Demobilisierungskommissars. Zu diesem von uns schon mehrfach behandelten Thema wird uns noch geschrieben:

Recht eigentümliche Zustände haben sich in letzter Zeit beim Demobilisationsamt herausgebildet; wenn es sich um Klagen gegen das Unternehmertum von Seiten der Arbeiter handelt. Die größten Kunststücke werden gemacht, um den Arbeitern das ihnen zustehende Recht zu schmälern, wenn nicht ganz aufzuheben. Abgesehen von der Dauer, bis solche Sachen entschieden werden — sechs Monate und noch länger sind keine Seltenheiten — wodurch Verschlebung Tür und Tor geöffnet wird, hat das Betriebsrätegesetz dort keine Gültigkeit, so daß es doch wohl an der Zeit ist, daß sich das Arbeitsministerium einmal darum kümmert und auch dort einmal mit einem eisernen Besen durchfährt und nicht wartet, bis es zu spät ist.

Worum es sich handelt? In einer Klage vor dem Schlichtungsausschuss gegen eine hiesige Firma der Holzindustrie wurde diese, daß sie ihre sämtlichen Arbeiter bis zum 1. August ohne jede Verzögerung der Arbeitszeit mitten in der Woche entlassen hatte, verurteilt, die Entlassenen wieder einzustellen und für die entgangene Arbeitszeit zu entschädigen. Diese Entscheidung ist auf Grund des Betriebsrätegesetzes ergangen und als endgültig zu betrachten. Auf Verweigerung des Arbeitgebers und des Arbeitgeberverbandes hgm. Oberleiters der Tischlerinnung hielt es der Herr Demobilisationskommissar aber doch für angebracht, die Arbeiter um ihr Recht zu bringen. Er verlangt nun von den Arbeitern den Nachweis, daß der Arbeitgeber noch Betriebskapital hat. Der Einwand, daß Betriebskapital und Vermögen nicht auseinanderzuhalten sind, ließ er nicht gelten. Privatvermögen brauche der Arbeitgeber nicht aufzuweisen. Auch der weitere Hinweis, daß derselbe Unternehmer am 29. Juli 1918 gegen Barzahlung von 200 000 M. verfallen hat, erfolgte die Antwort: „Das ist Vermögen.“ Nach eigenen Angaben hat der Demobilisationskommissar keine Macht, den Ar-

